EJF - c/o Spielfeld, Skalitzer Straße 85/86 - 10997 Berlin

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
10557 Berlin

Berlin, 5. Februar 2024

Dringende Aufforderung an die Mitglieder der Bundesregierung, die Verabschiedung der Richtlinie über Corporate Sustainability Due Diligence (EU-Lieferkettengesetz) zu unterstützen

Sehr geehrte Mitglieder des Bundeskabinetts,

angesichts der am **9. Februar** anstehenden Abstimmung im Rat der Europäischen Union über die Verabschiedung der EU-Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) wende ich mich an Sie, um Sie zu bitten, sicherzustellen, dass sich die Bundesregierung nicht ihrer Stimme enthält oder gegen dieses wichtige Rahmenwerk stimmt. Die Mehrheit der Bundesregierung erkennt die entscheidende Bedeutung dieser EU-Richtlinie an. Sollte sich Deutschland gegen einen zuvor im Rat der EU vereinbarten Kompromiss stellen, würde dies dem internationalen Ansehen der Bundesrepublik und ihrer europapolitischen Glaubwürdigkeit erheblich schaden.

Die Environmental Justice Foundation (EJF) setzt sich seit über zwei Jahrzehnten dafür ein, Umweltverbrechen und Menschenrechtsverletzungen aufzudecken und zu beenden. Wir arbeiten weltweit mit betroffenen Gemeinden zusammen und erfahren aus erster Hand, welche Folgen die unkontrollierte und gefährliche Ausbeutung der natürlichen Umwelt durch Unternehmen hat.

EU-weite Sorgfaltspflichten für Unternehmen bergen das enorme Potenzial, Menschen und unseren gemeinsamen Planeten vor Schäden durch nicht nachhaltige Geschäftspraktiken, die durch die europäische Nachfrage angetrieben werden, zu schützen. Unsere jüngste Untersuchung in der brasilianischen Rinderzucht zeigt, dass ein EU-Lieferkettengesetz dringend notwendig ist, um Unternehmen zu verpflichten, aktiv gegen Missstände wie Zwangsarbeit in ihren Lieferketten vorzugehen.

Seit Inkrafttreten des deutschen Lieferkettengesetzes im Januar 2023 müssen Unternehmen in Deutschland ihre Lieferketten und Aktivitäten einer Sorgfaltsprüfung zu unterziehen. Die EU-Lieferkettenrichtlinie würde Unternehmen in der gesamten EU verpflichten, dem deutschen Beispiel zu folgen, um sicherzustellen, dass alle Unternehmen, die in den Geltungsbereich der EU-Gesetzgebung fallen, im gesamten Binnenmarkt unter gleichen Bedingungen arbeiten – unabhängig davon, wo sie ihren Sitz haben. Sollte die Verabschiedung dieser EU-weiten Richtlinie scheitern, würde der deutsche Gesetzgeber letztendlich Unternehmen mit Sitz in anderen EU-Ländern einen Wettbewerbsvorteil gegenüber deutschen Unternehmen einräumen.

Darüber hinaus gefährdet eine Ablehnung oder Enthaltung Deutschlands in letzter Minute die jahrelange Arbeit aller 27 EU-Mitgliedstaaten und des EU-Parlaments. Es ist zu befürchten, dass andere Mitgliedstaaten, die das Gesetz bisher unterstützt haben, dem Beispiel Deutschlands folgen, wenn es sich seiner Stimme enthält oder das Gesetz ablehnt. Als größter EU-Mitgliedstaat muss Deutschland jetzt Führungsstärke zeigen und sicherstellen, dass nicht Teile seiner Regierungskoalition das gesamte europäische Gesetzgebungsverfahren an sich reißen, um möglicherweise innenpolitisch zu punkten.

Das EU-Lieferkettengesetz droht zu scheitern, doch wenn Deutschland sich in dieser entscheidenden Phase dafür einsetzt, hat es die herausragende Chance, diese bahnbrechende Richtlinie Wirklichkeit werden zu lassen.

Ich danke Ihnen für Ihre Zeit und Ihre Überlegungen.

Mit freundlichen Grüßen

Steven Trent
Geschäftsführer (CEO) und Gründer
Environmental Justice Foundation